

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Preise, Wohlstand und sozialer Frieden

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1950) : Preise, Wohlstand und sozialer Frieden, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 30, Iss. 8, pp. 7-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131155>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

bis 30 \$ angeboten, während man in den großen Warenhäusern der 34. Straße nur 4 bis 12 \$ zu zahlen hat. Eine unendliche Fülle von „Sales“, Ausverkäufen wegen Geschäftsaufgabe, Aufgabe des Artikels, Abstoßen von Massenimportgütern aus allen Ländern der Welt, Mengennachlässe (z. B. beim Kauf von zwei Kleidern oder drei Paar Strümpfen) beleben die Verkaufsangebote und erschweren die Marktübersicht. Dabei werden im allgemeinen die alten und die ermäßigten Preise marktschreierisch gegenüber gestellt. Unbekannte Kunden können in den größten Warenhäusern Waren im Betrag von 3 und 4 \$ auf Kredit kaufen; Kraftwagen, Fernsehapparate und Kühlanlagen werden zumeist mit sehr geringer Anzahlung erworben. All dies sowie der mehr als großzügige Kundendienst erfordern naturgemäß beträchtliche Handelspressen, auf die man beim „Sale“ z. T. verzichtet.

Wie kann man nun diese unerhört dynamischen Märkte, auf denen sich bei der scharfen Konkurrenz auf die Dauer nur wirkliche Unternehmernaturen durchsetzen, als Europäer eindringen? Selbstverständlich gibt es hierfür keine Patentlösung. Eins kann und muß aber mit aller Deutlichkeit gesagt werden: Mit halben Mitteln — gemessen an amerikanischen Maßstäben — kann man hier nichts erreichen. Es ist überaus schwierig, in diesem werbungsintensiven Land, dem Land der Markenartikel, der Kettengeschäfte, Versand- und Warenhäuser, einen nachhaltigen Verkaufserfolg zu erzielen. Erfolgsaussichten haben nur Waren, die dem z. T. mit der Mode stark

schwankenden amerikanischen Käufergeschmack entsprechen und preiswert sind. Oft steht die Qualität, insbesondere die Haltbarkeit, deutlich hinter den europäischen Ansprüchen zurück, spielt doch das „throw-away-system“ eine unvorstellbare Rolle. Aber die Waren müssen ansprechen, sie müssen auffallen.

Die „Gesellschaft zur Förderung des deutsch-amerikanischen Handels m. b. H.“ wird für die Aufklärung der deutschen Wirtschaft wichtig sein, unseres Erachtens ist aber bedeutsamer die Schaffung einer amerikanischen Organisation, bei der das Schwergewicht der Dollar-Drive-Aktion ruhen müßte. Uns schwebt die Schaffung eines „Board“ aus einflußreichen und angesehenen Amerikanern vor, unter deren Aufsicht erfahrene Verkaufsspezialisten einen systematischen Werbefeldzug für deutsche Waren zu beginnen hätten, und zwar nicht für das übliche Exportangebot, sondern nur für bestimmte Waren, die nach einer sorgfältigen Marktanalyse ausgewählt werden müssen. Der „Board“ könnte ehrenamtlich fungieren. Geeignete Persönlichkeiten lassen sich bei dem derzeitigen für Deutschland überaus günstigen Klima finden. Die Verkaufsspezialisten müßten aber hoch bezahlte Fachleute sein; denn hier gilt stärker als auf dem Kontinent der Satz, daß die beruflichen Qualitäten dem Gehalt entsprechen. Vielleicht wäre es ratsam, zuerst den besonders risikoreichen New Yorker Markt zu meiden und mit einer schwerpunktmäßig zusammengefaßten Werbung in Mittelwest oder an der Westküste zu beginnen, um sich dann mit den

dort gewonnenen Erfahrungen an die Ostküste zu begeben. Die gesamte Organisation müßte nach kaufmännischen Gesichtspunkten aufgezogen sein und jeden behördlichen Charakter meiden. Was für den britischen Dollar-Export-Board richtig ist, braucht nicht für Westdeutschland geeignet zu sein. Im Gegenteil, eine Betonung des privaten, marktwirtschaftlichen Charakters der Organisation, die lediglich für Markttransparenz zu sorgen hat, um das natürliche Warengefälle zu führen, würde wesentlich mehr der amerikanischen Eigenart entsprechen.

Im übrigen sollte man auch mit mehr Nachdruck versuchen, die Interessen der US-Unternehmer zu aktivieren, denen größere Dollarbeträge in Deutschland eingefroren sind. Ihr Transfer durch die Ausfuhr von Waren könnte zwar primär den Dollar drive beeinträchtigen, würde aber gleichzeitig mit helfen, das Eis zu brechen und den marktwirtschaftlichen Ausgleich zwischen beiden Volkswirtschaften zu fördern. Denn auf die Dauer muß sich Deutschland den gegenüber 1914 umgekehrten Verhältnissen anpassen, will es seine weltwirtschaftliche Bedeutung nicht völlig verlieren: es muß sich ein Warenstrom zum Gläubigerland mit höherer Lebenshaltung und Kaufkraft ergießen. Die deutsche Wirtschaft muß die Chance erkennen, die ihr in den USA. mit dem Abbau der Hochschutzzollpolitik eingeräumt wird: die Möglichkeit einer gesteigerten Warenausfuhr nach Nordamerika, nach dem bis jetzt fast nur Menschen aus Deutschland ausgeführt wurden. (-p-)

Europäische Stimmen zur deutsch-französischen Zusammenarbeit

Osterreichische Erwägungen zum Schuman-Plan

Österreich ist bisher weder der Schuman-Union beigetreten, noch haben seine Politiker ihre Bereitwilligkeit dazu erklärt. Dies hat nichts mit den durch die französische Regierungskrise ausgelösten Schwierigkeiten in der Verwirklichung des Planes zu tun, sondern ist grundsätzlicher Art. Das offizielle Österreich will eben nicht

darin beteiligt sein, obwohl die Bevölkerung den Plan als eine befreiende Tat nach fünfjähriger Stagnation des Europagedankens empfindet. Dem gab auch die Publizistik Ausdruck, obwohl sie sich weit zurückhaltender verhielt als bei ähnlichen Gelegenheiten und mit wenigen Ausnahmen die Bezugnahme auf Österreich vermeidet.

Grund hierfür ist die eigenartige internationale Stellung Österreichs. Nach den koreanischen Ereignissen wollen offizielle Sprecher alles vermeiden, was den Sowjets Anlaß zu verstärkter Einflußnahme oder gar zu einer Abschließung Ostösterreichs geben könnte, wozu in ihren Augen der Anschluß Österreichs an die Westwirtschaft als Vorwand dienen könnte.

Dies hindert aber die österreichischen Wirtschaftskreise nicht, sich eingehend mit den Folgen des Schuman-Planes oder jeder anderen ähnlichen Koordinierung der westlichen Industrie zu beschäftigen, um dabei rechtzeitig Österreichs Interessen wahren zu können. Erschwerend ist allerdings, daß die eisenschaffende Industrie durchweg verstaatlicht und daher in ihren Entschlüssen gehemmt ist. Dabei wäre der Schuman-Plan für Österreich insofern kein Novum, als es Mitglied der Internationalen Rohstahlgemeinschaft war, als deren zeitgemäßen Nachfolger man die neue Montan-Union betrachten kann. Allerdings sind gewisse politische Kreise noch mit Ressentiments gegen die 1938 erfolgte Eingliederung in den großdeutschen Wirtschaftsraum erfüllt. Sie wollen daher die großen Möglichkeiten, die sich aus der neuen Wirtschaftsmacht im Westen, in der Deutschland gleichberechtigt sein soll, auch für Österreich ergeben, nicht recht erkennen. Dabei sichert aber nur diese Zusammenarbeit die Lebensfähigkeit Österreichs, die mit politischen Mitteln nicht zu erreichen ist.

Diese politischen Erwägungen dürften um so weniger maßgebend sein, als ihre Überzeugungskraft seit 1945 stark gelitten hat und eine Zusammenarbeit mit dem Westen, die schon durch den Marshallplan gegeben ist und auf die kaum jemand in Österreich verzichten will, eben nur unter Einfluß Deutschlands möglich ist.

Wirtschaftsfachleute, deren Stimme aber in der Öffentlichkeit aus politischen Gründen selten gehört werden kann, erinnern weiter daran, daß bereits vor 1938 eine enge Bindung der österreichischen Schwerindustrie an Westdeutschland bestand und der Tausch von Erz gegen Ruhrkoks die fehlende Kohlenbasis ersetzte. Die Wiederaufnahme dieser Beziehungen wurde bereits im Oktober 1945 von diesen Kreisen vergebens gefordert.

Sachlich steht natürlich außer Frage, daß Österreich eine Verbindung mit der westlichen Montan-Union in der einen oder anderen Form finden muß. Denn ohne Kohlengrundlage kann es den Kampf gegen sie weder auf den Auslandsmärkten noch im Inland

ausfechten. Nur die Sicherung seiner Quote bewahrte Österreich in der Weltwirtschaftskrise vor dem völligen Untergang seiner Schwerindustrie. Man muß jetzt allerdings der großen industriellen Umschichtung Österreichs Rechnung tragen, das jetzt statt der 400—600 000 t Rohstahl der Vorkriegszeit bereits über 800 000 t erzeugt und die Produktion von 1 Mill. t anstrebt. Auch besitzt es nun eine eigene Kokerei mit mehr als 1 Mill. t Jahreskohlendurchsatz, die auf Ruhrkohle angewiesen ist. Diese neuen Verhältnisse könnten

aber nur Vertreter der österreichischen Wirtschaft auf der Schuman-Konferenz darlegen, auch wenn sie aus den oben angeführten Gründen nur als Beobachter auftreten sollten. Sie allein können auch die für Österreich lebenswichtige Produktionsteilung und Sicherung einer Exportquote noch erwirken und die vertragsmäßige Bindung der Kohlenlieferung erreichen. Österreich kann dagegen Grubenholz, Magnesit, manganreiches Erz und endlich Strom anbieten, so daß es nicht nur als Fordernder auftritt. (ly, Wien)

Schweden und die westeuropäische Montan-Union

Aus Stockholm
Unter den Nordländern hat das Projekt der französisch-deutschen Kohlen- und Stahlunion aus naheliegenden Gründen in Schweden am meisten Beachtung gefunden. Schweden ist wichtigster Erzlieferant Europas und ein bedeutender Erzeuger von Qualitätsstahl. Außerdem aber hat das Land einen hohen Einfuhrbedarf an Kohle, Koks und Schrott. Diese Faktoren begründen damit nicht nur das erhebliche Interesse an dem kommenden Stahlpakt, sondern sie scheinen in einem beträchtlichen Umfange auch in die Richtung einer mehr oder weniger starken Abhängigkeit der schwedischen Stahl- und Eisenindustrie von derjenigen der führenden westeuropäischen Eisen- bzw. Kohlenländer zu weisen. Aus den bisher vorliegenden Urteilen zum Stahlprojekt ergibt sich indessen, daß sich weder die schwedische Gesamtwirtschaft noch die Stahl- und Eisenindustrie in irgendeiner Weise „abhängig“ fühlen. Dies dürfte sich im wesentlichen daraus erklären, daß die schwedische Position als ausgesprochen stark empfunden wird, und ferner aus der bisherigen Reserve Großbritanniens gegenüber dem Stahlprojekt.

Die Argumentation der schwedischen Einstellung ist folgende:

Möglicherweise kann der schwedische Erzexport beeinträchtigt werden, wenn die westeuropäischen Stahlländer zur ausschließlichen Verhüttung ihrer eigenen Erze übergehen sollten. Infolge der sehr

vielen besseren Qualität des schwedischen Erzes würde dies aber zu einer wesentlichen Kostenerhöhung führen, der sich Westeuropa kaum aussetzen dürfte. Es wird ferner noch darauf hingewiesen, daß als Abnehmer schwedischen Erzes Großbritannien immer mehr in den Vordergrund tritt. Lieferausfälle nach Westeuropa könnten dadurch gewiß nicht ganz, aber doch in einem gewissen Umfange ausgeglichen werden.

In der Beurteilung der Chancen der schwedischen Eisenindustrie im Wettbewerb mit einem mächtigen westeuropäischen Pakt wird in Bezug auf Qualitätsstahl darauf hingewiesen, daß die wertvollsten schwedischen Typen in europäischen Ländern so gut wie gar nicht, sondern nur noch in den USA und Kanada hergestellt werden. Eine Gefährdung der schwedischen Produktion auf diesem Gebiet steht damit von vornherein außerhalb jeder Diskussion. Für gewöhnliche handelsübliche Eisensorten sehen die Dinge dagegen anders aus, bei ihnen würde der Stahlpakt ganz zweifellos eine sehr starke Konkurrenz für die schwedische Eisenindustrie bedeuten. Aber, fragen maßgebende Kreise, bedeutet denn das einen Nachteil für die Gesamtwirtschaft? Im Gegenteil, sie ist in allerhöchstem Maße an billigstem Eisen für den Maschinenbau und die Weiterverarbeitungsindustrien interessiert; denn erst dadurch bleibt sie auf dem Weltmarkt — im ganzen — wettbewerbsfähig. Der Druck auf die einheimische Eisenproduktion

Preise, Wohlstand und sozialer Frieden

würde mithin mehr als ausgeglichen werden durch eine Verbesserung der Wettbewerbslage auf vielen anderen Gebieten. Für den Fall des schwedischen Anschlusses an die Stahlunion wird jedoch eine wesentliche Einschränkung ins Feld geführt: die Löhne der Stahl- und Eisenarbeiter der westeuropäischen Länder müssen denen der schwedischen Industrie angeglichen werden.

Wie ist es nun mit den schwedischen Importen von Kohle, Koks und Schrott? In Bezug auf Brennstoffe stehen zwei Gesichtspunkte im Vordergrund: Obwohl gegenwärtig ein erheblicher Teil der schwedischen Kohle- und Kokseinfuhr aus Westdeutschland kommt, so verbleiben in jedem Falle als Bezugsländer von vergleichsweise größerer Bedeutung Großbritannien und Polen. Es wird daran erinnert, daß bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges rd. 85 % aller schwedischen Kohle aus diesen beiden Ländern bezogen wurden. Offen bliebe allerdings die Frage des Auslandsbezugs von Koks, der zum überwiegenden Teil aus Deutschland und den Niederlanden kommt. Eine schwedische Nichtbeteiligung am Stahlpakt könnte auf diesem Gebiet gewisse Schwierigkeiten mit sich bringen. Andererseits macht der Ausbau der Energieversorgung sehr schnelle Fortschritte, und die Verwendung von Öl hat besonders seit Kriegsende bedeutend zugenommen.

Die zweifellos schwierigste Frage bildet jedoch die Versorgung mit Schrott. Der Schrottbedarf der schwedischen Eisenindustrie, der sich im Zuge des Ausbaues der Produktion im übrigen in einer steten Zunahme befindet, kann im günstigsten Falle zu reichlich zwei Dritteln durch den Anfall im Inland gedeckt werden. Seitdem von den früher wichtigen Lieferanten Dänemark infolge des Aufbaues einer eigenen Stahlindustrie praktisch bereits ausgefallen ist, wird der Importbedarf zur Zeit zu mindestens 90 % aus Westdeutschland gedeckt. Sollte Schweden außerhalb des Stahlpakts bleiben, so könnte hier ein tatsächlicher „Engpaß“ entstehen, den das Land sehr wahrscheinlich kaum überwinden könnte. (dt)

Daß die Preise, und gerade solche für lebensnotwendige Güter, fühlbar anziehen, läßt die Sorge um eine bedenkliche Entwicklung des Preis-Lohngefüges wach werden. Man kann sich natürlich mit Recht fragen, ob unsere gegenwärtige Lebenshaltung dem tatsächlichen Wohlstand entspricht. Wenn wir auch seit Kriegsende unser Produktionsvolumen erheblich ausweiten konnten, so wäre es doch irrig, anzunehmen, daß der Vergrößerung des Sozialproduktes auch eine proportionale Erhöhung des Wohlstandes entsprechen müsse, denn die Höhe des Wohlstandes ist in erster Linie von dem konsumptiven Teil des Sozialproduktes abhängig, und dessen Erhöhung sind jedenfalls für uns enge Grenzen gezogen, da sie in weitem Maße eine Erhöhung der bezahlten Einfuhren voraussetzt. Wenn wir uns unserer Armut bewußt sind, dürfen wir aber auch nicht schlechthin jede Differenz, die sich zwischen dem Anspruch auf Lebenshaltung und der tatsächlichen Lebenshaltung ergibt, auf das Konto des sozialen Mißstandes schreiben.

Sozialer Friede ist davon abhängig, daß der begrenzte Konsumteil des Sozialproduktes in einer Weise verteilt wird, die jedem eine verhältnismäßige Erfüllung seiner Ansprüche an die Lebenshaltung gewährleistet. Wenn wir das als Maßstab nehmen, so will mir scheinen, daß die soziale Problematik bei uns heute weniger in der sozialen Differenzierung zwischen dem in Arbeit stehenden Arbeitnehmer und dem Arbeitgeber liegt, als vielmehr in der schweren sozialen Spannung, die zwischen dem großen Teil wirtschaftlich und sozial Entwurzelter und dem kleinen Teil wirtschaftlicher Hasardeure und Raubritter besteht, die so tun, als lebten wir in Wohlstand.

Eine Politik, die der Erhaltung des sozialen Friedens dienen will, muß auf die Wiedereingliederung der wirtschaftlich Entwurzelten — und das sind nicht nur die registrierten Arbeitslosen — in den Wirtschaftsprozess abzielen. Ist aber eine solche Produktionserweiterung, die sich zunächst nur auf den nicht-konsumptiven Teil des Sozialproduktes erstrecken kann, nicht unwirtschaftlich? Kommen wir damit nicht wieder in die Kategorie der Notstandsarbeiten? Eine Vollbeschäftigungspolitik bei uns darf nicht ohne weiteres mit den ähnlichen Experimenten in jenen Ländern verglichen werden, die über einen intakten Produktionsapparat verfügen. Denn die Erhöhung des konsumptiven Teils unseres Sozialproduktes kann nur erreicht werden, wenn unser angeschlagener Produktionsapparat wieder auf einen Stand gebracht wird, der international konkurrenzfähig ist. Arbeiten, die diesem Zwecke dienen, sind keine Notstandsarbeiten, auch wenn sie sich nicht heute und morgen als wirtschaftlich erweisen. Die Grundvoraussetzung einer solchen auf lange Sicht berechneten Wirtschaftspolitik ist eine entsprechende Kreditpolitik, die sich nicht durch eine vorübergehende Scheinkonjunktur irritieren läßt.

Das soziale Risiko der Vollbeschäftigung liegt zweifellos darin, daß der begrenzten Konsumgütermenge ein höheres Einkommen zu Konsumzwecken gegenübersteht, was sich in der freien Marktwirtschaft in einer Preiserhöhung auswirken muß. Wenn durch wirtschaftspolitische Maßnahmen verhindert werden kann, daß sich diese Preiserhöhung auf lebensnotwendige Güter erstreckt, so bietet sie die sozial notwendige Korrektur zwischen Lebenshaltung und Wohlstand. Die heutige Preisbewegung hat mit einer solchen Politik nichts zu tun. Diese wirtschaftspolitische Linie läßt sich jedoch nur dann durchhalten, wenn auf der Einkommenseite die Stabilhaltung der Löhne bis zu dem Zeitpunkt gesichert wird, wo es gelingt, auch den konsumptiven Teil des Sozialproduktes zu erhöhen. Wie kann ein solches sozial und wirtschaftlich notwendiges Experiment ermöglicht werden, ohne daß es durch Spekulanten und Demagogen gefährdet wird? (sk)

„Auch Großbritannien denkt mit“

Das Fernbleiben der britischen Regierung von den Verhandlungen über den Schuman-Plan für Kohle und Stahl bedeutet keineswegs, daß England und vor allem die britische Wirtschaft nicht „mitdenken“. Aus britischen Stahlkreisen weiß man, daß dort die politische Notwendigkeit einer europäischen Wirtschaft-Integration grundsätzlich anerkannt wird, selbst wenn dies

Einschränkungen der politischen und wirtschaftlichen Souveränität erfordert. Man wartet dort nur den Verlauf der Pariser Verhandlungen ab, um zu einem geeigneten Zeitpunkt diese grundsätzliche Zustimmung der britischen Stahlindustrie in eine konkretere Form zu gießen.

Und jetzt beginnt man auch in Bankkreisen der Londoner City, sich mit der theoretischen Erörte-

zung der künftigen Finanzierung etwaiger „Schuman-Plan-Gesellschaften“ zu befassen. Diese, im wesentlichen privatwirtschaftlich orientierten City-Erörterungen gehen von der Annahme aus, daß aus politischen Gründen ein gemischt-wirtschaftlicher Charakter, aus Gründen der Rentabilität eine privatwirtschaftliche Form für diese Gesellschaften gefunden werden müsse.

Es ist nicht verwunderlich, daß man in der City nur erst in Hypothesen spricht — aber schon vermag man zu spüren, daß erhebliches Interesse an privatwirtschaftlichen Beteiligungen an derartigen Gesellschaften besteht. Dabei wird auf ein bisher vertrauliches Memorandum aus dem Wirtschaftsausschuß des Europa-Rates verwiesen, in dem von „Aktiengesellschaften“ mit sowohl öffentlichen wie privaten Beteiligungen gesprochen wird. Es wäre in den Statuten dieser Gesellschaften näher zu bestimmen, in welchem Verhältnis öffentliche und private Beteiligungen — und vielleicht auch die Beteiligungen aus verschiedenen Ländern — zuzulassen wären. Dabei wäre mit Rücksicht auf die europäische Kapitalarmut auch eine Einschaltung außer-europäischer, sprich nordamerikanischer, Kapitalien als eine durchaus erwünschte Möglichkeit einzubeziehen.

Es ließen sich also sowohl öffentliche und private, europäische und amerikanische „Aktionäre“ derartiger „Europa-Gesellschaften“ nebeneinander denken als auch die Aufnahme von Anleihen dieser Gesellschaften entweder auf einem freien internationalen Kapitalmarkt oder bei internationalen Finanzinstituten öffentlicher Prägung, wie etwa der Welt-Bank oder einer „Europäischen Investitions-Bank“. Wenn neben Kohle und Stahl — bei denen wohl sehr starke Kräfte zur Eigenfinanzierung mobil gemacht werden könnten — in dem erwähnten Memorandum des Europa-Rates auch die europäische Luftfahrt und andere Verkehrszweige, dazu europäische Einkaufsgesellschaften für Rohstoffe zur Preisstabilisierung erwähnt werden, so zeigt sich, daß hier weit in die Zukunft vorgegriffen wird.

Es zeigt sich jedoch andererseits, etwa in der Bereitschaft von City-Kreisen, bei allen Hinweisen auf viele sachliche Schwierigkeiten das Thema ernst und realistisch aufzunehmen, daß der europäische Gedanke in britischen Wirtschaftskreisen auf recht fruchtbaren Boden fällt. Das ist nicht ganz so erstaunlich, wie das nach den

Außerungen gewisser Dalton-Isolationisten in der britischen Labour Party zunächst erscheinen mag: Man braucht nur an die alt-eingespielte internationale Verflechtung im Versicherungswesen unter britischer Initiative und Beeinflussung zu denken — oder an die früher große Bereitschaft der City zu internationaler Finanzierung. (-n)

Deutsch-französische Agrarunion in holländischer Sicht

Aus dem Haag

Der während des 4. in Saltsjöboden (Schweden) abgehaltenen Kongresses der internationalen Federation of Agricultural Producers (IFAP) von den Vertretern der deutschen und französischen Bauern gefaßte Entschluß hat natürlich in den Niederlanden Interesse hervorgerufen.

Man weiß, daß die betreffenden Bauernorganisationen zu der Bildung eines gemeinschaftlichen Marktes für Agrarprodukte kommen wollen. Die Delegierten haben erklärt, sie sähen kein wichtiges Hindernis, das einem solchen Zusammengehen im Wege stehen könnte, und sie meinen weiter, daß die Volkswirtschaften beider Länder einander ergänzen, was wohl „cum grano salis“ aufzufassen sein dürfte. Der Abschluß von Güter- und Saisonvereinbarungen würde die gerechtfertigten Interessen der beiderseitigen Produzenten schützen können, und ein Ausschuß wurde gebildet, um zu einer dauerhaften Zusammenarbeit zu kommen, die dazu führen soll, daß die Produktionskosten gesenkt und die Preise der Agrarprodukte für die Bauern beider Länder normalisiert werden können.

In maßgebenden niederländischen Agrarkreisen hegt man die Ansicht, daß dieses Abkommen politisch und wirtschaftlich zu beurteilen ist. Natürlich begrüßt man jede europäische Zusammenarbeit aufs herzlichste und besonders eine zwischen Deutschland und Frankreich. Man fragt sich nur, ob solche Abkommen zwischen zwei Ländern nicht zu einem unerwünschten Bilateralismus führen, da doch wohl der vollständige wirtschaftliche Zusammenschluß aller westeuropäischen Länder ohne Übertreibung als eine Lebensbedin-

gung unseres westeuropäischen Kulturgebietes angesehen werden kann?

Da die deutsche Landwirtschaft der niederländischen Agrarausfuhr auf dem französischen Markt wohl kaum Konkurrenz machen dürfte, kann sich die Behandlung auf die Bedeutung der französischen Landwirtschaft für den deutschen Markt beschränken. Die Ausfuhrprodukte der heutigen französischen Landwirtschaft können die niederländische Agrarausfuhr im allgemeinen nur insoweit beeinflussen, als es sich um die Ausfuhr von Speise- und Saatkartoffeln, Gemüse und Samen handelt, während die Ausfuhr von französischen Zitrusfrüchten vielleicht etwa mit dem niederländischen Durchfuhrhandel kollidieren könnte.

Dies alles bezieht sich aber auf die heutige Gestalt der französischen Landwirtschaft. Es ist jedoch bekannt, daß Frankreichs Agrarerzeugung stark gesteigert und ausgedehnt werden soll. Sollte sich nun diese Entwicklung fortsetzen und sich besonders auf diejenigen Gebiete richten, auf denen die großen Interessen des niederländischen Exports liegen, dann könnte diese neue deutsch-französische Zusammenarbeit, sollte sie tatsächlich durchgeführt werden, zu einer Bedrohung für die niederländische Landwirtschaft werden.

Könnte — denn es handelt sich hier nicht um isolierte Fragen, sondern um ein wichtiges Element des deutsch-niederländischen Handelsverkehrs. Überdies besteht die Hoffnung, daß das deutsche Lebensniveau sich weiter heben wird und damit die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes für Artikel, wie sie die niederländische Landwirtschaft exportiert, sich bessern wird.

(B.)